



Ergänzungsantrag

Sitzung des Stadtrates am 2. Juli 2020

Zum Punkt 54: „Neuausrichtung der Universität Koblenz; Profilierung des Universitätsstandortes Koblenz: Ausbau der Lehr- und forschungsschwerpunkte „Health Data Intelligence“ und „Hydrologie und Wasserwirtschaft“ - BV/0487/2020

Die CDU-Fraktion beauftragt die Verwaltung, sich für Nachfolgendes mit Nachdruck einzusetzen:

1. Die Universität benötigt einen stabilen Sockel für Verwaltung und Erledigung der universitären Grundaufgaben (Verwaltung, Bibliothek, IT, zentrale Einrichtungen, Vertretungen, Strategiefähigkeit).

Für den gesamten Sockel ist in Anlehnung an vergleichbare Verwaltungen eine Mitarbeiterzahl von 200 notwendig (aktuell 90 + 110 neue Stellen). Für die Mitarbeiter des sogenannten Sockels sind ausreichend Büroräumlichkeiten in Koblenz zu realisieren.

2. Die Uni benötigt für Lehre und Forschung verbindliche und klare Zusagen.

Dazu gehören:

- Zusagen des Landes für die zusätzliche Finanzierung der Ende 2022 etwa 100 auslaufenden Mitarbeiterverträge
- Zusagen des Landes für die zusätzliche Finanzierung notwendiger Fachdidaktiken für Akkreditierung.
- Zusage für 100 zusätzliche wissenschaftliche Stellen, um Profilbildung zu ermöglichen. Vorschlag: 2021 und 2022 jeweils 25 neue Stellen, 2023 weitere 50 Stellen.

3. Die Universität benötigt die Festlegung des jährlichen Haushalts und der notwendigen Baumaßnahmen.

Dazu gehören eine

- feste Zusage der Höhe der Mittel aus dem Hochschulpakt für den Standort Koblenz für den Zeitraum über das Jahr 2022 hinaus.
- feste Zusage von 50 Millionen Euro pro Jahr für einen Zeitraum von zehn Jahren als verlässliche Haushaltsgröße.
- feste und konkrete Planung von notwendigen Baumaßnahmen auf dem Campus Metternich und in der Stadt/Region. Hierzu sollte ein Gremium mit Vertretern des Landes, der Universität, der Kommunalpolitik und regionalen Unternehmen gebildet werden.

Begründung zu 1:

Da dieser Sockel am 1. Januar 2023 voll arbeitsfähig sein muss, muss mit dem Aufbau spätestens im kommenden Jahr begonnen werden. Die notwendigen Stellen müssen für Koblenz geschaffen werden, die Zentralverwaltung neu aufgebaut werden. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle derzeitigen Mitarbeiter aus Mainz beziehungsweise die Mitarbeiter des Zentralen Haushalts in Landau nach Koblenz wechseln. Um einen Wissenstransfer in der Organisation garantieren zu können, müssen bis zum Start der Universität Koblenz auch zeitlich befristete Doppelbesetzungen erfolgen.

Begründung zu 2 und 3:

Wie in der Resolution vom 13.12.2019 festgehalten, sind Zukunftsfähigkeit und Existenzsicherung einer selbständigen Universität Koblenz eine wichtige Voraussetzung. Mit unseren konkreten Forderungen wird diesem Aspekt Rechnung getragen. Darüber hinaus ist die angestrebte Erweiterung des Bildungsangebotes entsprechend mit zu berücksichtigen.

Die konkrete Hinterlegung eines notwendigen Aufwuchses festigt die Absicht der Stadt Koblenz, mit der Weiterentwicklung für die Regiopoleregion eine nachhaltig nachweisliche positive regionale Sogwirkung zu entfalten.

